

	Protokoll	
	der 18. Sitzung des Landesseniorenbeirats Berlin (LSBB)	Am 21.05.2025
		in: Sozialwerk e.V. Berlin Beginn: 10.00 Uhr Ende: 14.00 Uhr

Ergebnisse:	Festlegungen mit Verant- wortlichkeit <i>B = Beschluss</i> <i>A = Auftrag</i> <i>I = Information</i>
--------------------	---

Anwesend: 24 Mitglieder (5 Stellvertreter*innen) waren anwesend Es nahmen 16 Gäste teil. Entschuldigt: Ingeborg Simon Sigrid Parschauer Mathilde Kannenberg Anwesende Gäste: u.a. Ludger Jungnitz (SenWGP) Philipp Meister (SenASGIVA) Tabea Tennert (SenASGIVA)	24 Stimmberechtigte
---	------------------------

TOP 1 Begrüßung Eveline Lämmer, Vorsitzende LSBB Beschluss über die Tagesordnung, Protokollkontrolle & Bericht des Vorstandes Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Keine Nachfragen zum Protokoll, das Protokoll wurde einstimmig angenommen. Der Bericht des Vorstandes liegt bei.	Bericht des Vorstandes als Anlage Moderation Eveline Lämmer
--	---

TOP 2 Barrierefreiheit aus der Perspektive der Fachsprecher*innen Der Vorstand hat dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt, um die Sicht der einzelnen Facharbeitskreise zu Barrierefreiheit zu erläutern. Diese Themen sollen in künftigen Plenen, mit den entsprechenden Ansprechpartner*innen, weiter vertieft werden.	Moderation Erwin Bender
---	----------------------------

Gisela Grunwald Fachsprecherin für Gesundheit und Pflege

Für Pflegebedürftige stehen die formalen Barrieren zunächst im Vordergrund:

- Die Pflegefachsprache ist für Laien Geheimsprache
- Menschen, die plötzlich mit eigenem oder fremdem Pflegebedarf konfrontiert werden, suchen
 - An welche Beratungsstelle kann ich mich wenden? (Broschüren an zentralen Orten verteilen)
 - Wer ist zuständig? (eigene Krankenkasse zugleich Pflegekasse; Sozialamt für Hilfe zur Pflege).
 - Mit dem Bescheid wird eine umfangreiche Pfllegeanbieterliste verschickt, die abgearbeitet werden muss.
 - Abrechnungen mit Preisen zu Leistungskomplexen und Punktzahlen sollen vom Pflegebedürftigen bestätigt werden, obwohl sie schwer zu entschlüsseln sind
 - § 40 SGB XI: Wohnraumberatung: Broschüre Wohnraumanpassung erforderlich:
 - Pflegekassen übernehmen notwendige Baumaßnahmen im Bad etc.
 - Befreiung vom Rückbau muss für alle geregelt werden nicht nur für städt. Wohnbaugesellschaften/-genossenschaften
 - §37SGB XI: MDK und Pflegedienste: Beratungsbesuche in Pflegehaushalten sind zu qualifizieren, damit sie nicht als Kontrollbesuche, sondern als Stärkung wahrgenommen werden. Ein entsprechender Beratungsleitfaden muss angewendet werden.

Weitere Fragen sind:

- Sind Arztpraxen barrierefrei?
Wenn nicht, ist bei Gehbehinderung ein Wechsel zu einer barrierefreien Arztpraxis erforderlich, worauf es einen Rechtsanspruch geben muss

Ein "Gesundheitskiosk" war eine Idee mit einigen Pilotprojekten von Minister Lauterbach: Anlaufstelle für Menschen mit geringem Einkommen; Sprachbarrieren; chronischen Erkrankungen und/oder Behinderungen - was wird daraus?

Damaris Koch-Christen Fachsprecherin für Digitalisierung

Digitale Barrierefreiheit ist ein wichtiges Thema für die Nutzergruppe der Seniorinnen und Senioren, weil die Umsetzung der digitalen Barrierefreiheit das Ziel hat, dass alle Nutzer*innen gleichberechtigt und unabhängig von ihren Einschränkungen online Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.

In diesem Zusammenhang sollte das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz, welches eine EU Richtlinie umsetzt, in den Blick genommen werden. Dieses verpflichtet erstmals die Privatwirtschaft bei bestimmte Produkte und Dienstleistungen Barrierefreiheit umzusetzen. Das Gesetz wurde 2021 beschlossen gilt ab 28. Juni 2025. Produkte, die unter das Gesetz fallen, sind u.a. Geldautomaten, Fahrkartenschalter, Mobiltelefone aber auch E-Books Reader. Barrieren bei diesen Produkten können beispielsweise unzureichende Farbkontraste oder die Unmöglichkeit sein, eine Website ohne Maus, also nur mit der Tastatur, navigieren zu können.

Das Ziel der Stärkung der digitalen Barrierefreiheit ist ausdrücklich zu begrüßen und es wird erwartet, dass positive Impulse von dem Gesetz auch auf Produkte, die nicht unter das Gesetz fallen, ausgehen.

Für viele Kritiker des Gesetzes (z.B. der Vertretung von Menschen mit Behinderungen) geht das Gesetz allerdings nicht weit genug. Kritisiert werden

<p>auch die langen Übergangsfristen bis 2040 sowie die nur stichprobenartige Überwachung der Umsetzung. Ein wunder Punkt ist es, dass die Produkte nicht generell bei der Zulassung sondern auf Anlass, Beschwerde bei der landesweiten Überwachungsstelle, geprüft werden. Die FG wird dem LSBB weiter zur Umsetzung berichten.</p> <p>Auf ein weiteres bereits in Berlin existierende Gesetz namentlich Gesetz über die barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnik Berlin wird hingewiesen. Ziel des Gesetzes ist, im Rahmen der Standardisierung der Informations- und Kommunikationstechnik Barrieren zu beseitigen, die Menschen mit Behinderungen an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern. Alle Menschen sollen in der Lage sein, die gebotenen Möglichkeiten uneingeschränkt in Anspruch zu nehmen. Die maßgeblichen Grundsätze der Barrierefreiheit sind Wahrnehmbarkeit, Bedienbarkeit, Verständlichkeit und Robustheit. Das Gesetz gilt für alle öffentlichen Stellen.</p> <p>Mit dem Gesetz wurde 2018 eine Kompetenzstelle für digitale Barrierefreiheit und Usability (kann mit Gebrauchstauglichkeit übersetzt werden) in Berlin implementiert. Angesiedelt in der Senatskanzlei ist sie Teil der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)-Steuerung. Aufgabe ist es, die Themen der digitalen Barrierefreiheit voranzutreiben. Dazu werden Standards für die Barrierefreiheit in der IKT festgesetzt und deren Umsetzung überwacht. Insbesondere bei der Anschaffung von neuer Software, der Einführung eines digitalen Basisdienstes, der Anpassung eines Fachverfahrens oder der Erstellung von verwaltungsinternen Dokumenten achtet sie auf Berücksichtigung der Themen. Die Landesbeauftragte für digitale Barrierefreiheit wurde durch die FG angesprochen und zum Stand der Umsetzung (ca. die Hälfte) berichtet. Sie steht gerne in einem Plenum für Fragen zur Verfügung.</p> <p>Zusammenfassend setzt sich die FG Digitale Teilhabe im Alter für die Umsetzung von Kriterien der Barrierefreiheit und Usability ein (z.B. Textgröße, Kontraste, gleiche Navigation oder verständliche Sprache) um der älteren Nutzergruppe den Zugang zur digitalen Welt zu erleichtern. Dabei sieht die FG aber immer auch die Beibehaltung analoger Zugangswege für zwingend notwendig.</p> <p>Roland Stimpel Fachsprecher für Mobilität und Verkehr Spricht zum Thema: Barrierefrei durch Berlin?</p> <p>Wibke Werner Fachsprecherin für Wohnen Spricht zum Thema Wohnen und Barrierefreiheit</p> <p><u>Nachfragen:</u></p> <p>Tobias Baur Es gibt eine Verbindung zwischen Mobilität und Wohnen die beachtet werden muss und ohne ausreichende Mobilität ist keine Teilhabe möglich. Wohnen im Altenheim sowie Aufenthalte im Krankenhaus, Freizeitstätten und Arzt/Physiotherapiepraxen müssen barrierefrei sein.</p> <p>Dr. Marco Pulver Zugangsbarrieren für Personen mit Migrationsgeschichte müssen abgeschafft werden. Sprachliche und interkulturelle Öffnung ist durch Qualifizierungsoffensiven von Personen in Einrichtungen zu erreichen, die</p>	<p>Präsentation als Anlage</p> <p>Dokument als Anlage</p>
--	---

<p>Barrieren erkennen und beseitigen können.</p> <p>Dr. Ursula Engelen-Kefer Problemlagen sind, dass Behandlung von Anträge in Ämtern zu langwierig sind, die Situation in Altenheimen oft nicht den Erfordernissen entspricht. Zu geringer Bau von Mietwohnungen. Dazu kommt, dass bei räumlichen Veränderungen durch die Mieter bei Auszug der Rückbau durch den Mieter finanziert werden soll. Der Umbau soll als Vorteil für den Vermieter herausgestellt werden. Was kann der LSBB dafür tun, das sich die Situation für alle verbessert?</p> <p>Herbert Probst Wichtig ist, dass es nicht um barrierearmut gehen soll, sondern um barrierefreiheit. Warum zahlen bei Wohnungsumbau die Pflegekassen und nicht die Vermieter, es sind schließlich deren Unzulänglichkeiten.</p> <p>Petra Ritter Durch Verlegung von Bushaltestellen fallen Bänke und Wartehäuschen weg, zu wenig Platz in Bussen für Rollatoren auf stark frequentierten Strecken. Beim Ausstieg oft zu großer Abstand zwischen Bus und Bordstein.</p> <p>Dr. Oliver Zobel Barrierearmut soll als Brücke zur Barrierefreiheit gesehen werden. Es soll auch das gegenseitige Verständnis im Umgang miteinander gefördert werden.</p> <p>Erwin Bender Auch Bestpractice Beispiele öfter dokumentieren.</p> <p>Tobias Baur Sichtbare und nicht sichtbar Barrieren beachten. In den Fachplanungen ist die Teilhabe von Betroffenen nötig.</p> <p>Peter Stawenow Danke an die Expert*innen. Der Vorstand wird das weitere Vorgehen erörtern. Nicht nur Politik und Verwaltung sondern auch Wirtschaft und Dienstleister sollen herangezogen werden. Auch wir als LSBB und LSV sollten aktiv werden und die Finger in die Wunden legen. Die Pflegestützpunkte sollten wieder in Koordinierungsstellen rund ums Alter benannt werden.</p> <p>Eveline Lämmer Vorschlag mit anderen Akteuren (z.B. Behindertenbeirat) einen Antrag für den Senat vorbereiten.</p>	
<p>TOP 3 Bericht des Staatssekretärs Aziz Bozkurt zur AG BerISenG Berichte aus den Senatsverwaltungen Nachfragen</p> <p>Begrüßung von Staatssekretär Herr Azis Bozkurt durch Dr. Ursula Engelen-Kefer.</p> <p>Staatssekretär Aziz Bozkurt Es fanden bisher 4 Gesprächsrunden mit Herr Bozkurt statt. Ein Ergebnispapier und die Forderungen der Seniorenmitwirkungsgremien wurden anlässlich der</p>	<p>Moderation Dr. Ursula Engelen-Kefer</p>

letzten Sitzung an die Regierungsfraktionen übergeben. **Dissens** gibt es insbesondere bei Rede- und Antragsrecht, Finanzierung der Ausstattung der bezirklichen Seniorenvertretungen durch Mittel des Landes oder der Bezirkshaushalte und der Wahlregularien (Termin und Zuständigkeit). Die Abgeordneten sollen nun das weitere Vorgehen beschließen.

Erwin Bender

Die Gesprächsrunden waren gut, das Ergebnis (Positionspapier SenASGIVA?) ist enttäuschend, da es nicht den Gesprächsinhalt der Diskussionsrunde widerspiegelt. Insgesamt ist das Papier eher eine Schwächung des BerlSenG. Die Frage nach der Ausstattung der Geschäftsstelle LSBB/LSV sowie die Finanzierung der bezirklichen Seniorenvertretungen ist nicht geklärt. Zu sagen, dass das Ergebnis eine **gemeinsame Verständigung** widerspiegelt ist falsch.

Aziz Bozkurt

Den Abgeordneten liegen beide Positionen (SenASGIVA und Gremien) vor und der Vorgang sollte bald abgeschlossen werden.

Tobias Baur

In den Koalitionsvereinbarungen der Regierungsparteien geht es um eine Stärkung der bezirklichen Seniorenvertretungen und dies ist im Entwurf nicht erkennbar.

Joachim Jetschmann

Bis heute ist die Diskussion um die Leitlinien, das Mitwirkungsgesetz, dem Maßnahmenkatalog und des Altenhilfestrukturegesetzes eine Hängepartie. Es fehlt eine klare Position des Senats zur Berliner Seniorenpolitik die auch unsere widerspiegelt. Die Finanzierung ist bisher nicht so diskutiert wie von Herrn Bozkurt vorgestellt. Es ist unklar was die Bezirke leisten oder leisten sollen und was über Senat geleistet werden soll.

Walter Dallmann

Es sind sowohl unsere inhaltlichen Vorstellungen als auch die über den Wahltermin abgelehnt und somit können wir damit nicht einverstanden sein.

Aziz Bozkurt

In dem Papier haben wir - vorbereitend auf die Reform, die die Fraktion plant - unsere Einigungen und die Bandbreite der Positionen dargestellt. Wir haben uns bei dem Prozess bewusst dafür entschieden, die Seniorinnen und Senioren von Beginn an durch eine aktive Rolle in der Diskussion einzubeziehen.

Erwin Bender

Wir wünschen uns (aus organisatorische und finanziellen Gründen) die Wahlen am gleichen Tag wie die Kommunalwahlen, aber dies ist bisher nicht gewollt. Bisher lief das Wahlverfahren so ab, dass man es schwerlich als zufriedenstellend bezeichnen kann, siehe Öffnungszeiten und Anzahl der Wahlorte. Die Sozialämter sind zur Durchführung der Wahlen ungeeignet – Durchführung von Wahlen gehört in die Obhut vom Wahlamt!

Eveline Lämmer

Es gibt in diesem „Papier“ nur einen Konsens beim gemeinsamen Gremium LSBB/LSV, ansonsten nur Dissens. Die Verwaltung sollte uns jedoch

<p>unterstützen und nicht gegen uns arbeiten. Senat und Senatsverwaltungen sollten mit uns zusammenarbeiten. Die Sozialämter sollten nicht die Wahl durchführen müssen.</p> <p>Aziz Bozkurt Die Senatsverwaltung hat die Belange aller zu beachten, nicht nur die der Senior*innen. Die Verwaltung hat versucht das optimal umzusetzen.</p> <p>Erwin Bender Es geht nicht darum Senioren zu „bevorzugen“, wir wollen lediglich, dass es den Gremien möglich ist, den § 1 des BerlSenG zu erfüllen. Wir wollen, dass man in dieser Stadt in Würde alt werden kann.</p> <p>Berichte aus den Senatsverwaltungen</p> <p>SenASGIVA Tabea Tennert berichtet: das Monitoring der Maßnahmen zu den Leitlinien wird vorbereitet. In der AG Bezirke werden Wahlen, Mitwirkungsgesetz, Sozialkommissionen und der 9. Altenbericht bearbeitet.</p> <p>Philipp Meister berichtet, dass die Broschüre zur Seniorenwoche fertig ist.</p> <p>SenWGP Ludgar Jungnitz berichtet</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass die Schulung zum Erhalt des Entlastungsbetrags Pflege künftig auch online möglich ist • Der Landespflegeplan steht vor Senatsbeschluss • Seniorennetz und AWO Kompetenzzentrum 4.0 Veranstaltung im November • Altenhilfestrukturegesetz in der Senatsressortabstimmung <p>Dr. Ursula Engelen-Kefer Wie wirkt sich der Landespflegeplan finanziell aus?</p> <p>Ludgar Jungnitz Darüber gibt es noch keine Erkenntnisse</p>	
<p>TOP 4: Jahrestätigkeitsbericht 2024 zur Kenntnis Der Jahrestätigkeitsbericht wurde in der Einladung mitversandt. Es gab aus dem Plenum keine Nachfragen und Ergänzungen.</p>	<p>Moderation Eveline Lämmer</p>
<p>Neuer TOP 5 Bericht aus der LSV Berichte aus den Organisationen, Arbeitsgruppen und Fachausschüssen</p> <p>Peter Stawenow Der Referentenentwurf des Altenhilfestrukturegesetzes ist in der Abstimmung mit den Senatsverwaltungen. Aus der Senatserwaltung für Finanzen gibt es noch keine Stellungnahme. Peter Stawenow und Eveline Lämmer wollten mit SenFIN</p>	<p>Moderation Peter Stawenow</p>

<p>ins Gespräch kommen, dies wurde abgelehnt und um eine schriftliche Anfrage gebeten. Die Geschäftsstelle wendet sich an Frau StS Haußdörfer</p> <p>AG Seniorenmitwirkungsgesetz Treffen mit den Mitgliedern der Seniorenorganisationen der Parteien geplant.</p>	
<p>TOP 6 Sonstiges Keine weiteren Punkte</p>	<p>Moderation Peter Stawenow</p>
<p>Nächstes Plenum am 16.07.25</p> <p>Protokollantin: Anita Hedemann</p>	